

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 98. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. Juni 2009, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof	4
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2636	
2. Landesweiter Nahverkehrsplan für Schleswig-Holstein 2008 bis 2012	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2449	
3. Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck-Blankensee	11
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2629	
4. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2007	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2472	
5. Informationen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II im Zuständigkeitsbereich des MBF sowie in den Kommunen Schleswig-Holsteins unter Heranziehung des Berichts nach § 3 Abs. 1 der Vereinbarung zum Zukunfts-Investitionsgesetz	14
6. Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein	15
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2634	
7. Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland	16
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2647	
8. Umfassende verbindliche Mindestlohnregelung	17
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1565	
9. Verschiedenes	18

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2636

(überwiesen am 7. Mai 2009)

hierzu: Umdrucke 16/4057, 16/4379

Der Vorsitzende, Abg. Arp, begrüßt im Besonderen die zu diesem Tagesordnungspunkt geladenen Gäste und informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die ebenfalls eingeladen gewesene Freie und Hansestadt Hamburg unter dem 9. Juni d. J. mitgeteilt habe, dass in Hamburg die Prüfungen, ob beziehungsweise in welchem Umfang die Durchfahrten der AKN zum Hauptbahnhof dauerhaft fortgesetzt werden könnten, noch nicht abgeschlossen seien. Insbesondere werde dort derzeit noch untersucht, ob die Finanzmittel nicht sinnvoller in alternative Verkehrsangebote investiert werden könnten, mit denen für die betroffenen Fahrgäste ein größerer Nutzen erreicht werden könne. Vor Abschluss dieser Prüfungen könne die Freie und Hansestadt Hamburg keine weitergehenden Aussagen zu der hier in Rede stehenden Thematik machen und werde deshalb den heutigen Termin im Wirtschaftsausschuss nicht wahrnehmen.

M Dr. Biel führt aus, Schleswig-Holstein strebe seit Jahren eine Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs in der Metropolregion Hamburg an. Zusammen mit Hamburg und dem Bund arbeite sein Haus aktuell an Konzepten, die eine Umsetzung des Achsenmodells spätestens zur avisierten Inbetriebnahme der festen Fehmarnbelt-Querung ermöglichen. Bis dahin wolle das Verkehrsministerium den Kunden aber auch alternative Bahnverbindungen anbieten. Deshalb sei Schleswig-Holstein bereit, die bisherige AKN-Durchbindung zu den bisherigen Konditionen - 75 % Anteil Hamburg, 25 % Anteil Schleswig-Holstein - fortzusetzen, auch wenn grundsätzlich bei der Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs bundesweit das Territorialprinzip gelte, wonach Hamburg in diesem Fall 100 % der Kosten übernehmen müsste. Die Freie und Hansestadt Hamburg sei bereit, bis Dezember 2009 diese Konditionen weiter mitzutragen. Danach fordere Hamburg einen höheren Anteil Schleswig-Holsteins, der

jedoch aus den Landesmitteln nicht aufzubringen sei. Deshalb habe er, M Dr. Biel, die LVS gebeten, zusammen mit dem HVV und der AKN einen Lösungsvorschlag für die „Zeit danach“ zu erarbeiten und hierzu auch Gespräche mit den betroffenen Gemeinden zu führen. Ein erstes Sondierungsgespräch auf Arbeitsebene habe am 3. Juni d. J. stattgefunden. Dort sei vereinbart worden, dass die AKN die Kosten für die Verdichtung des 20-Minuten-Takts in den Abendstunden ermitteln werde. Diese Kostendarstellung solle in vier bis sechs Wochen vorliegen. Ein abschließendes Ergebnis erwarte er, M Dr. Biel, für die Zeit nach der Sommerpause.

AKN-Vorstand Dr. Franke erklärt, unstrittig sei, dass das Umsteigen in Eidelstedt ein Problem darstelle. Dort müssten bekanntlich die AKN-Fahrgäste die AKN-Bahn verlassen, um dort dann in die S-Bahn einzusteigen. Hier habe man nach Lösungsansätzen gesucht und habe als einen ersten Schritt das Durchfahren der AKN-Bahn in den Abendstunden realisiert. Eine Ausdehnung dieser Verbindung auf den ganztägigen Betrieb sei technisch und betrieblich sehr problematisch, da die AKN zusätzlich zur S-Bahn fahre. Des Weiteren würden hierdurch erhebliche Kosten entstehen, weil die AKN die Fahrzeuge einfach nicht habe.

Herr Dr. Franke fährt fort, bei einer grundsätzlichen Problemlösung habe man aber eine Chance, die sich aus dem Erneuerungsbedarf für die Fahrzeuge der AKN ergeben könne, dann nämlich bei der Neubeschaffung auf eine Elektrifizierung umzustellen. Dazu habe man erste Vorüberlegungen angestellt. Mit der Ausschreibung der S-Bahn 2017 sei diesbezüglich ein Konzept zu erarbeiten, nach dem man dann einen durchgehenden Verkehr tagsüber zwischen Aumühle bis Bad Bramstedt oder - verkürzt - von Bergedorf bis Kaltenkirchen mit dem S-Bahn-System fahren könne. Die Kosten hierfür würden ermittelt, und man prüfe, inwieweit ein solches Vorhaben finanzierbar sei. Das Problem sei jedoch das Zusammenspiel zwischen AKN und S-Bahn-Betrieb, AKN-Netz und S-Bahn-Netz und Freie und Hansestadt Hamburg und Land Schleswig-Holstein. Dies alles unter einen Hut zu bekommen, sei wohl die größte Herausforderung. Unter der Voraussetzung der Lösung von Projektstrukturen betreffend Achsenkonzept, Fahrzeugneubeschaffung (für S-Bahn und AKN) sowie Betrieb wäre es denkbar, bis 2017 ein optimales System zu schaffen. Auch finanziell seien die hier zur Debatte stehenden Größenordnungen durchaus beherrschbar.

Herr Dinger von der DB Netz AG erinnert zunächst daran, wie lange es gedauert habe, die AKN-Durchbindung zum Hamburger Hauptbahnhof in den Abendstunden zu realisieren. Eine Ausdehnung dieser Anbindung auf die Tageslagen zu der Hauptverkehrszeit halte er nicht nur für problematisch, sondern für äußerst problematisch. Dies liege zum einen in der Komplexität des Hamburger Hauptbahnhofs und zum anderen in der Belegung der Strecke im integrierten Taktfahrplan der S-Bahn begründet. Aus heutiger Sicht würde die hier diskutierte Erweite-

rung des Verkehrsangebots zu einer massiven Störung des Taktverkehrs der S-Bahn führen, und im Falle von Trassenummeldungen müsse die Bahn mit Sicherheit Trassen ablehnen müssen, weil sie physikalisch nicht durchführbar seien. Fragen des Wie, Wann und Warum ergäben sich automatisch aus der Tatsache, dass es sich hier um einen sehr regulierten Markt handele und dass das Trassenvergabeverfahren in Konfliktfällen ganz klar geregelt sei.

Für PRO BAHN unterstreicht Herr Barkleit die Notwendigkeit einer schnellen und durchgehenden Verbindung für die AKN zum Hamburger Hauptbahnhof. Obwohl in den vergangenen 10 bis 15 Jahren in die AKN erhebliche finanzielle Mittel investiert worden seien, sei es der AKN nicht gelungen, hier einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Auto zu generieren. Zur Finanzierungsfrage weist Herr Barkleit sodann darauf hin, dass der Bund 2005/2006 zwar seine Regionalisierungsmittel gekürzt habe, sodass auch Schleswig-Holstein weniger Mittel zur Verfügung habe, aber gleichzeitig habe Schleswig-Holstein höhere Mehrwertsteueranteile erhalten. Die gekürzten Regionalisierungsmittel seien durch das Land jedoch nicht völlig ausgeglichen worden. Wenn für Schleswig-Holstein der ÖPNV beziehungsweise der SPNV so wichtig sei, dann müsse sich das Land auch überlegen, ob nicht durch eine Kompensation der Kürzung der Regionalisierungsmittel vielleicht die Gelder vorhanden seien, um die Durchbindung nicht nur in den Abendstunden, sondern auch tagsüber zu gewährleisten. Ein erster Schritt wäre hier sicherlich auch, dass Kunden tagsüber stündlich einmal zum Hamburger Hauptbahnhof durchfahren könnten. Erfreulich sei es zu hören, dass die AKN darauf hinarbeite, eine durchgehende Verbindung zu erreichen - ob nun als S-Bahn - oder als Dieselbetrieb. Der genannte Zeitpunkt 2017 sei jedoch ein Datum, „für das sich die Fahrgäste nichts kaufen“ könnten..

Herr Dr. Grimme, Landrat des Kreises Pinneberg, erklärt, dass die Regionen Pinneberg/Segeberg eine bessere Anbindung benötigten, sei unstrittig. Er würde dafür plädieren, dieses Thema nicht so betreiberfokussiert zu diskutieren, weil das nämlich den Blick auf bessere Lösungen versperren würde. Jeder Antrag fordere ja, die AKN müsse zum Hauptbahnhof durchfahren. Er hielte Anträge für besser, die formulierten, die Anbindung müsse bequemer, besser und qualitativ hochwertiger werden. Dann würde er in dem Zusammenhang auch gern einmal Nettozahlen an die Hand bekommen - diese fehlten nämlich bisher -, wie viel Fahrgäste wirklich mehr auf das System umgestiegen wären. Auch die Frage, welche Kapazitäten man eigentlich habe, sei hier interessant. Es sei ja schon gesagt worden, die AKN habe Infrastruktur geschaffen, aber die Bahnsteige hätten eine Länge, die durchaus begrenzt seien. Hier stelle sich die Frage, wie viele Züge könne man überhaupt aneinanderhängen. In diese Richtung sollte man denken, und dann wäre es auch gescheiter, in 2017 den Endpunkt in Kaltenkirchen zu haben. Auch hier müsse man betreiberneutral denken. Auch in Schleswig-Holstein

sollte man das Ordnungsprinzip einkehren lassen: Das Netz ist öffentlich, und der Betrieb wird ausgeschrieben.

Herr Dr. Westphal, vom Regionalmanagement des Kreises Segeberg, weist zunächst darauf hin, dass der Kreis und die Anliegergemeinden in Bezug auf Modernisierung, Infrastrukturausstattung der drei AKN-Linien A1, A2 und A3 erhebliche finanzielle Beiträge geleistet hätten. Damit wolle er aber nicht sagen, dass man in Zukunft Geld für den SPNV haben werde. Dies sei eindeutig Aufgabe des Aufgabenträgers Land Schleswig-Holstein.

Er fährt fort, die Intraplan Consult habe gerade eine Nutzen-Kosten-Untersuchung fertiggestellt: Kaltenkirchen-Airport Hamburg gleich 300 Millionen €. Segeberg sei leider nachgewiesen worden, man dürfe maximal, je nach Variante, zwischen 150 Millionen und 180 Millionen € verbauen. Hier fehle also eine Menge Geld; das sei nicht darstellbar. Aus dieser Situation erwachse natürlich auch die Chance, mittelfristig im Rahmen des Achsenmodells die S-Bahn 21 oder die A1 betreiberneutral von Hamburg Hauptbahnhof bis nach Kaltenkirchen durchzubinden. Das habe notwendige Investitionen zur Folge. Es sei bekannt, dass man innerhalb der Metropolregion Hamburg S-Bahn-Gleise mit Gleichstromschienen habe, die dann bis Kaltenkirchen geführt werden müssten. Investment hier 30 Millionen bis 50 Millionen €. Hierbei handele es sich um eine ganz grobe Schätzung, und die Finanzierung sei selbstverständlich ebenfalls nicht gesichert.

Die Position des Kreises Segeberg sei, dass man es gut fände, eine solche Verlängerung mittelfristig - das sei der Zeitpunkt 2017 - hinzubekommen. Aber heute schreibe man das Jahr 2009. Deshalb plädiere der Kreis Segeberg für eine Zwischenlösung, die besage, dass man eine Verdichtung der A1 von 40 Minuten auf den 20-Minuten-Takt bekäme. Dies sei der Wunsch wohl aller Kommunen auf der Achse, die immer noch im Vergleich zu allen Schienenverkehrsachsen des Landes Schleswig-Holstein unterproportional bedient sei, was die Fahrgäste anbelange. Dieses Defizit wolle er, Dr. Westphal, gern ausgeglichen sehen.

In der folgenden Aussprache möchte zunächst Abg. Dr. Garg von M Dr. Biel wissen, was denn politisch zu tun wäre, um die hier von Herrn Dr. Franke skizzierte einmalige Chance zu nutzen. Auch möchte er wissen, wie realistisch der „Zwischenschritt“ sei, den Takt zunächst zu halbieren. Sodann nimmt Abg. Dr. Garg Bezug auf eine Stellungnahme der LVS zu diesem Projekt, in der es heiße, einer Ausweitung des durchgehenden Verkehrs zum Hamburger Hauptbahnhof stehe die LVS aufgrund der bisherigen Nachfrage kritisch gegenüber. Er fragt, wie M Dr. Biel die bisherige Nachfrage einschätze.

M Dr. Biel erwidert, dass er sich zunächst einmal darüber freue, dass das Konzept, wie es vom Verkehrsministerium in Auftrag gegeben worden sei, von den Kreisen und von den Kommunen offenbar unterstützt werde, dass eine stärkere Vertaktung der Verkehre auf der Strecke der AKN auf 20 Minuten auf Zustimmung stoße. Die finanziellen Auswirkungen einer solchen Maßnahme würden gerade untersucht, und man erwarte dazu nach der Sommerpause konkrete Aussagen.

Die Frage, wie komme man hier weiter - so fährt Dr. Biel fort -, sei nur zu beantworten, wenn es gelinge, mit Hamburg gemeinsam ein Achsenkonzept zu entwickeln, um die Anbindung Schleswig-Holsteins an die Metropolregion Hamburg entscheidend zu verbessern. Die Investitionskosten seien bekanntermaßen nicht gerade gering. Zum Konzept bis 2017 könne er, M Dr. Biel, im Augenblick nichts sagen, weil er nicht wisse, wie teuer dieses Konzept würde. Das Land Schleswig-Holstein werde aber auf jeden Fall den bisherigen Zuschuss nicht kürzen. Zur Einschätzung der Fahrgastzahlen erklärt M Dr. Biel sodann, dass auf der Basis des jetzigen Angebots der Durchbindung der AKN bis zum Hauptbahnhof in den Abendstunden 150.000 Fahrgäste gezählt worden seien. Man könne nicht sagen, wie viele Fahrgäste hiervon zusätzlich umgestiegen seien. Aber diese 150.000 seien für dieses relativ kleine Angebot sicherlich keine schlechte Zahl.

Herr Dr. Grimme bestätigt, dass die Taktverdichtung aus seiner Sicht sicherlich die bessere Interimslösung sei, wenn dies in der Relation eingesetzter Mittel zur Qualitätssteigerung, bessere Nutzbarkeit für die Kunden, gesehen werde.

Zu den Kosten für die Taktverdichtung schätzt Herr Dr. Franke grob ein, dass man hier ein Angebot in vergleichbarer Größenordnung zu den Kosten, wie sie bei den Durchfahrten zum Hamburger Hauptbahnhof anfielen, gestalten könnte. Das Problem bei den Kosten liege auf Hamburger Seite darin, dass es sich hierbei nicht um wirkliche Kosten handele, sondern um Trassengebühren, die anfielen, weil das rechtlich so vorgegeben sei. Es gebe eben ein Trassenpreissystem.

Herr Dr. Westphal spricht im Folgenden noch einmal das Stichwort Betreiberneutralität an. Dies sei eher systembedingt gemeint. Die Ausschreibungen müssten so laufen, dass die Anbieter in der Lage seien, ihre Angebote abzugeben. Dazu gehöre aber natürlich auch die AKN. Die AKN sei in Kaltenkirchen ein bedeutendes Wirtschaftsunternehmen mit hoher Wirtschaftskraft. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung spreche er sich deshalb sehr nachdrücklich für die AKN aus, und man wisse ja auch, dass die AKN innerhalb der Region einen exzellenten Ruf genieße.

Abg. Dr. Garg hält es auch nach dem Verlauf dieser Diskussion für dringend erforderlich, in Bezug auf die AKN endlich einmal zu einer klaren Entscheidung zu kommen, wie es mit der AKN weitergehen solle, wie es mit der Landesbeteiligung an der AKN aussehen solle. Dies betreffe sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AKN als auch Zukunftsentscheidungen, Investitionsentscheidungen. Diese Fragen sollten gern auch einmal zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft schnellstens erörtert werden.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, betont darüber hinaus, dass auch schon aufgrund der vertraglichen Situation bezüglich der AKN Handlungsbedarf bestehe. Aber eine Lösung sei nur dann erreichbar, wenn Hamburg mit am Tisch sitze. Die Absage der Freien und Hansestadt Hamburg zur Teilnahme an der heutigen Sitzung, aus der er eingangs der Sitzung zitiert habe, sei insofern sicherlich nicht hilfreich gewesen.

Herr Dr. Franke betont abschließend, dass er aus allen Verhandlungen mit Hamburg den Eindruck habe, dass der Hamburger Senat klar sage, die S-Bahn sei sein Revier, und Schleswig-Holstein habe darüber nicht mitzureden. In Schleswig-Holstein gebe es aber nun das wunderbare Achsenkonzept, mit dem versucht werde, Probleme, die man über einen langen Zeitraum hinweg geerbt habe, zu lösen. Das gehe selbstredend nur gemeinsam mit Hamburg. Deshalb wolle er abschließend noch einmal unterstreichen, dass das Jahr 2017 hier ein ganz entscheidendes Jahr sei. Wenn man bedenke, welchen Vorlauf Planungsprozesse, Investitionsentscheidungen hätten, dann sei der Zeitraum bis 2017 ein ganz kurzer. Deshalb müssten spätestens Ende 2009 die Entscheidungen fallen, weil man sonst das, was an Gedanken zur Realisierung anstehe, bis 2017 nicht mehr „gebacken“ bekomme.

Punkt 2 der Tagesordnung

Landesweiter Nahverkehrsplan für Schleswig-Holstein 2008 bis 2012

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2449

(überwiesen am 27. März 2009 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/4273

Abg. Dr. Garg fragt den Vertreter der LVS, ob die von ihm bereits im Rahmen des ersten Tagesordnungspunktes zitierte Aussage, die LVS stehe einer Ausweitung des durchgehenden Verkehrs (der AKN) zum Hamburger Hauptbahnhof aufgrund der bisherigen Nachfrage kritisch gegenüber, streckenbezogen oder betreiberbezogen sei. - Herr Wewers erwidert, diese Aussage sei betreiberbezogen.

Die Ausschussmitglieder nehmen ohne weitere vertiefte Aussprache den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2449, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck-Blankensee

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2629

(überwiesen am 7. Mai 2009)

hierzu: Umdruck 16/4316 (interner Umdruck)

Nach einer kurzen Diskussion, in der die Mehrheit des Ausschusses zum Ausdruck bringt, dass sie es für falsch halte, die jetzt laufenden Verhandlungen Lübecks seitens des Landtags in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/2629 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung
Schleswig-Holstein 2007**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2472

(überwiesen am 27. Februar 2009 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/4389

Die ISH-Vorstände Dr. Hans-Jürgen Block und Stefan Brumm führen schwerpunktmäßig in den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Stiftung in 2007 ein und berichten über aktuelle Tätigkeiten der ISH in 2008/2009 (s. Umdruck 16/4389).

In der Diskussion bringt Abg. Langner die im Bericht auf Seite 9 unter „Bewertung“ in den Nummern 2 bis 4 zum Ausdruck gebrachten kritischen Anmerkungen zur Sprache. - Herr Dr. Block erklärt, mit der Initiative „lütt Ing.“ sei es der Stiftung gelungen, auch unter dem weiblichen Teil der Schülerschaft ein Engagement zu wecken, das man von solch einem Thema üblicherweise gar nicht erwartet habe. Diese Ergebnisse müssten dargestellt werden, und dann werde sicherlich ein Teil der Kritik, dass die Stiftung das Thema Gender Mainstreaming in ihrer Arbeit stärker als bisher berücksichtigen müsse, nicht mehr vorgetragen werden. Im Übrigen arbeite die Stiftung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Hochschulen zusammen, und auch den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses sei die Zusammensetzung der Professorenschaft mit einem geringeren Anteil weiblicher Mitglieder des Lehrkörpers bekannt. Beispielsweise im Bereich Lebensmitteltechnologie habe man mittlerweile wahrscheinlich mehr als 50 % Antragsteller und Projektdurchführende, die weiblich seien. Aber in einigen anderen Bereichen müsse man einfach den Fakten ins Auge schauen. So habe man in Schleswig-Holstein im Bereich Elektrotechnik noch keine Professur, die mit einer Frau besetzt sei.

Zur Kritik, auch in 2007 wirke die Stiftungsarbeit in manchen Bereichen zu kleinteilig, erklärt Herr Dr. Block, dass dies auch immer eine Frage der Interpretation und der Abschätzung sei, was in jedem Fall das Richtige sei. Er glaube, dass die von der Stiftung bisher vertretene Linie durchaus akzeptabel sei, und man habe diesen Punkt in der aktuellen Tätigkeit berücksichtigt.

M Dr. Biel ergänzt, dass das MWV mit der Stiftung inzwischen sehr intensive Gespräche geführt hat, und die Hinweise des Ministeriums seien aufgenommen worden. Im nächsten Bericht über die Tätigkeit der Stiftung werde man hier sicherlich einen anderen Akzent finden.

Noch einmal auf die auch in den vergangenen Berichten immer wieder durchscheinenden unterschiedlichen Auffassungen zwischen der Stiftung und der Landesregierung angesprochen, erklärt Herr Dr. Block, dass für die Stiftung das maßgebend sei, was der Stiftungsrat ihr aufgabe. Er glaube, dass das, was im Stiftungsrat vertreten werde, nicht immer von allen Teilen eines großen Ministeriums, das jedoch die Berichte schreibe, genauso gesehen werde.

- M Dr. Biel pointiert, Technologie und Technologieentwicklung lebten davon, dass sich etwas ändere. Von daher würde er es sehr bedauern, wenn es zwischen dem Ministerium und der Stiftung keinen ständigen Dialog mit durchaus unterschiedlichen Meinungen gäbe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2007, Drucksache 16/2472, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Informationen zur Umsetzung des Konjunkturpakets II im Zuständigkeitsbereich des MBF sowie in den Kommunen Schleswig-Holsteins unter Heranziehung des Berichts nach § 3 Abs. 1 der Vereinbarung zum Zukunfts-Investitionsgesetz

Für das MBF schildert Herr Kuptz zunächst die Verfahrensabläufe und erklärt sodann im Einzelnen, bis Ende 2010 könnten im Bereich Schule und Kindertagesstätten rund 248 Millionen € investiert werden. Mit rund 146 Millionen € komme der Löwenanteil vom Bund, die Kommunen steuerten 90 Millionen € bei, das Land 12 Millionen €. Diese Mittel entfielen auf Vorhaben an 463 Schulen, 347 Kitas und 14 Weiterbildungseinrichtungen.

Für den Gemeindetag erklärt sodann Herr Bülow, dass man noch nicht über eine flächenmäßige Übersicht der Maßnahmen im übrigen kommunalen Bereich verfüge. Positiv sei jedoch der Effekt des Konjunkturpakets II zu bewerten, der größer als geschätzt ausfalle. Letztlich werde es wohl Effektivitätswerte geben, die sich in den Projektlisten gar nicht vollständig darstellten. Der Gemeindetag habe aus seinen Reihen gehört, dass allein im Bereich des Wegebau 500 Anträge vorlägen, was zeige, wie groß der Investitionsbedarf im kommunalen Bereich sei.

M Dr. Biel ergänzt, der Innenminister werde seine Projektliste erst am 19. dieses Monats festlegen, weshalb heute auch ein Vertreter des IM fehle.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Ausschuss bereits anlässlich der Berichterstattung der GMSH über die Umsetzung des Konjunkturpakets II vereinbart habe, sich mit der Thematik im Herbst aktuell wieder zu beschäftigen. Er möchte sodann wissen, ob die Kommunen zügig mit den Maßnahmen beginnen könnten und dass schon in den Sommerferien Aufträge abgearbeitet werden könnten. - Herr Kuptz bejaht dies sowohl für Maßnahmen in Schulen als auch für solche in Kindertagesstätteneinrichtungen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2634

(überwiesen am 7. Mai 2009)

Unter Bezugnahme auf die in der vorangegangenen Sitzung geführten Diskussionen erklärt Abg. Callsen, dass es aus den Beratungen in der Großen Koalition noch keinen Stand gebe, der es ermögliche, einen interfraktionell getragenen Antrag vorzulegen. Er bittet darum, deshalb die Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zu schieben, um dann auch die jüngsten bundespolitischen Vorschläge zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen mit aufnehmen zu können.

Der Antragsteller, Abg. Dr. Garg, betont, seine Fraktion wolle Investitionen beschleunigen und darüber nicht noch wochenlang debattieren. Leider sei in der Angelegenheit eines interfraktionell getragenen Antrags in den vergangenen Wochen niemand auf ihn zugekommen, vielmehr habe die CDU eine Presseerklärung unter dem 27. Mai herausgegeben: „Zehn Punkte gegen die Krise in Schleswig-Holstein“. Er bittet um Abstimmung über seinen Antrag in der heutigen Sitzung.

Abg. Schröder verweist ebenfalls darauf, dass die Große Koalition vor wenigen Tagen in der Berlin ein Gesetz auf den Weg gebracht habe, das ausschließlich auf die Förderung der KMUs abziele und ihnen zusätzliche Möglichkeiten der Hilfe ermöglichen solle. Vor einer abschließenden Beratung des FDP-Antrags an dieser Stelle wolle er deshalb zunächst eine Stellungnahme der Landesregierung dazu abrufen, welche Erkenntnisse in Schleswig-Holstein vorlägen, welche Auswirkungen dieser Gesetzentwurf für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein mit sich bringen werde.

Abg. Matthiessen weist auf Schwierigkeiten hin, die er mit dem vorliegenden Antrag der FDP habe, der für ihn mehr den Charakter eines „Wünsch-dir-was-Katalogs“ habe.

Nach kurzer weiterer Diskussion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Antrag Drucksache 16/2634 abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2647

(überwiesen am 7. Mai 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Die Ausschussmitglieder kommen nach kurzer Diskussion überein, zu dem Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2647, eine Anhörung durchzuführen. Die Sprecher der im Ausschuss vertretenen Fraktionen und Abg. Harms werden gebeten, den Teilnehmerkreis bis zum nächsten Montag gegenüber der Ausschussgeschäftsführung zu benennen. Als Termin für die Anhörung wird der 1. Juli vorgemerkt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Umfassende verbindliche Mindestlohnregelung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1565

(überwiesen am 12. September 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Sozialausschuss)

Nach der Erklärung von Abg. Schröder, dass sich seine Fraktion grundsätzlich für einen Mindestlohn einsetze und seine Hoffnung, mit dem Koalitionspartner noch zu einer Einigung zu kommen, noch nicht gestorben sei, beantragt er die Verschiebung der weiteren Erörterung dieses Tagesordnungspunkts in dieser Sitzung. - Abg. Matthiessen als Antragsteller und Abg. Dr. Garg sprechen sich gegen die Vertagung aus. - Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss die Vertagung der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Arp, gibt eine Einladung der Stadtwerke Flensburg zu einer Ausschusssitzung in den Räumen der Gesellschaft bekannt. Die Geschäftsführung wird gebeten, mit den Stadtwerken und dem Oberbürgermeister der Stadt Flensburg ein Sitzungsprogramm für den Besuch in Flensburg auszuarbeiten. Abg. Matthiessen bittet an dieser Stelle darum, in das Programm auf jeden Fall auch eine Information über das Aktiv-Bus-Konzept aufzunehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer